



Neo-Nazis finden in Mittelfranken keine Heimat

Resolution des Bezirksverbands Mittelfranken von BÜNDNIS 90/D GRÜNEN

Die Rechtsextremen wollen es auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Im Zeitraum von November 2011 bis Januar 2012 haben sie eine Spur der Verwüstung in Mittelfranken hinterlassen.

Autos von AktivistInnen gegen Rechts in Fürth wurden beschädigt oder gingen in Flammen auf. In Ansbach wurden BesucherInnen eines Gasthauses verletzt. In Weißenburg wurde ein Rollstuhlfahrer angegriffen.

Damit wird deutlich: Die Rechten wollen den öffentlichen Raum immer mehr für ihre Ideen besetzen. Engagierte gegen Rechts sollen eingeschüchtert werden. Und *potentielle* AktivistInnen gegen Rechts sollen abgeschreckt werden.

Es scheint so, dass sich rechte AnhängerInnen von der Mordserie der NSU angestachelt fühlen, nun erst recht Angst und Schrecken zu verbreiten. Fünf Morde der Terrorgruppe sind in Bayern verübt worden. Wir sind traurig und wütend, dass so etwas möglich war.

Wir erklären unsere Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen. Alle DemokratInnen müssen nun zusammenstehen, denn dies war nicht nur eine Kampfansage an die Geschädigten, sondern eine Kampfansage an die gesamte Gesellschaft. Wir sind bereit, für die Demokratie zu streiten und lassen uns nicht den Mund verbieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mittelfranken wollen, dass Heimat bunte Vielfalt statt braune Einfalt bedeutet.

Wir fordern

- eine lückenlose Aufklärung aller Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund.
- ein Ende der Verharmlosung rechter Gewalttaten durch die bayerische Polizei und die Staatsregierung.
- die CSU auf, ihre Doppelmoral aufzugeben. Eine harte Abgrenzung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bleibt unvollständig, wenn sie immer wieder mit der Angst vor vermeintlicher Überfremdung spielt.
- die Kriminalisierung des zivilen Widerstands durch Union und FDP zu beenden. In diesem Zusammenhang fordern wir ebenso wie die Landtags- und Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel.
- die Staatsregierung und die Bundesregierung auf, die Mittel für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechtes Gedankengut und Rechtsterror zu erhöhen.

Einstimmig vom Bezirksvorstand beschlossen am 13. Januar 2012.